

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 152 B

BERLIN • Freitag, den 1. Juli 1932

1. JAHRGANG

# Erfolge der Einheitsarbeit.

## Verstärkt den Druck des Einheitswillens!

Hk. Wir begrüßen es als einen Fortschritt, der sicher den Einheitsfrontbemühungen der Arbeiter, besonders der freigewerkschaftlich organisierten, zu danken ist, daß der ADGB sich bisher noch nicht auf die Unterstützung der SPD im kommenden Wahlkampf festgelegt hat. Vielmehr hat der ADGB-Vorstand am 21. Juni eine Erklärung veröffentlicht, die ausdrücklich die Bedeutung der Freien Gewerkschaften als der Träger des Einheitsgedankens anerkennt und die „von allen Seiten“ an den ADGB gerichtete Aufforderung, er solle für das Zustandekommen der Einheitsfront in diesem Wahlkampf die Rolle des Mittlers übernehmen, wohlwollend aufnimmt.

Jetzt ist

der Wahlkampfaufruf der Eisernen Front

erschienen. Auch er

enthält keine Aufforderung zur Wahl der SPD.

Seine Parole lautet:

„Deutschland darf nicht der Diktatur einer politisch unfähigen Clique ausgeliefert werden. Es muß verhindert werden, daß sich die SA zum Herrn der Straße macht und den letzten Rest staatsbürgerlicher Freiheit zertrampelt. Der Kampf gegen diese Feinde des Volksstaates und ihre Bürgerkriegsgarden ist eure geschichtliche Aufgabe. Es ist ein Kampf um eure Freiheit. ...“

Männer und Frauen des schaffenden Volkes! Setzt euch zur Wehr gegen die Verknechtung, kämpft gegen die vereinten Kräfte der Reaktion!

Schart euch um das Freiheitsbanner der Eisernen Front!

Schmücket euch mit den Symbolen des Kampfes! Tragt die drei Pfeile durch die Straßen, in die Betriebe, auf das Land hinaus! Millionenfach brause euer Freiheitsruf durch Stadt und Land, die Freunde weckend, die Feinde schreckend!“

Natürlich sind mit diesem Aufruf unsere Bedenken gegen die parteipolitisch aufgelegene Eisernen Front nicht aus der Welt geschafft: nach so vielen Taten, durch die in der Vergangenheit die Eisernen Front ihren Charakter als Propagandamanöver der SPD enthüllt hat, müssen wir zunächst Taten abwarten, die klar zeigen, daß die Eisernen Front diesen Fehler gründlich korrigiert; solange nicht solche Taten vorliegen, haben wir keinen Grund, unsere ablehnende Stellung zur Eisernen Front zu ändern.

Uns interessiert bei dem Aufruf der Eisernen Front in erster Linie die Freiheit, die die in der Eisernen Front vertretenen Freien Gewerkschaften sich hier bewahrt haben: sie haben sich in keiner Weise auf eine Parteifront festgelegt.

Der ADGB hat sich auch bei diesem Schritt den Weg zur Lösung seiner Aufgabe als Vermittler für das Zustandekommen einer Einheitsfront in diesem Wahlkampf offen gehalten.

Wir sehen darin gegenüber dem Verhalten der Gewerkschaften bei den Präsidentenwahlen und bei den Preußenwahlen einen Fortschritt.

Daß ein solcher Fortschritt vorliegt, hat seine Gründe. Die vielen Entschließungen aus freigewerkschaftlichen Verbänden, die Tausende von Unterschriften, die das Einheitsfront-Volksbegehren dem ADGB-Vorstand zugetragen hat, viele Briefe an den ADGB in gleichem Sinne — alles das ist nicht ohne Wirkung geblieben.

Das soll uns ermutigen, den ADGB-Vorstand weiter zu drängen, den bisher unterlassenen Schritt zu tun,

den in so wirkungsvoller Weise nur der ADGB tun kann: er soll die beiden großen Parteien öffentlich einladen, Vertreter zu einer gemeinsamen Besprechung über ein Zusammengehen im Wahlkampf zu entsenden. Diesen Schritt kann der ADGB tun, und es wäre ein bedeutungsvoller Schritt vorwärts getan, wenn erst Vertreter der KPD und der SPD an einem Tisch saßen zu einer Verhandlung, auf die sich das Interesse der gesamten nach Einheitsfront verlangenden Arbeiterschaft richtet. Mancho Beschimpfung des anderen, die in der Redaktionsstube leicht hingeschrieben wird, würde unterbleiben. Daß der ADGB diesen Schritt der Vermittlung noch tun kann, genügt, um ihn von ihm zu fordern; denn nichts darf unversucht bleiben: der ADGB-Vorstand sprach in seiner

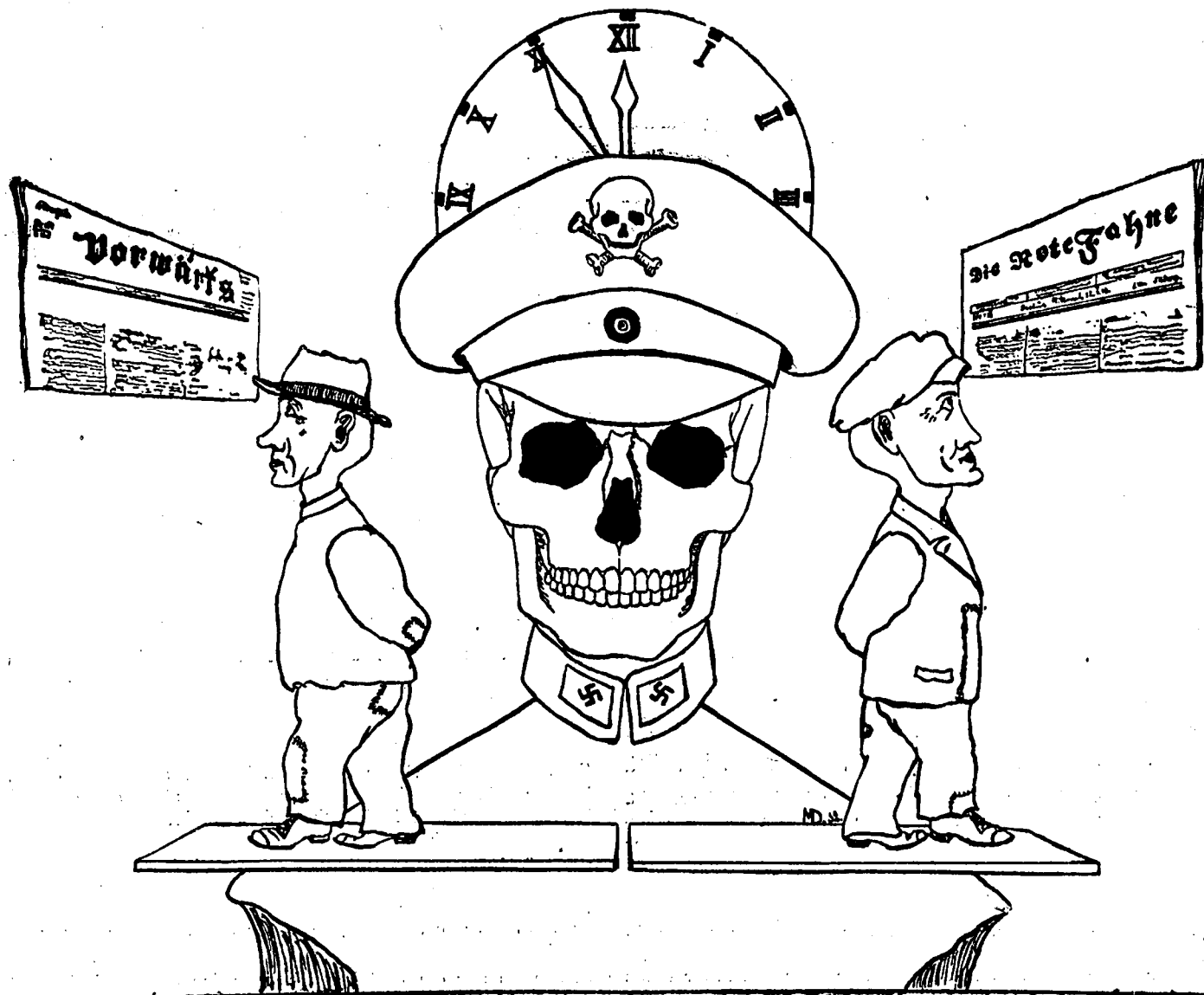
Erklärung von der gebieterischen Pflicht, das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung schnell einzuleiten.

Es ist müßig, sich jetzt den Kopf darüber zu zerbrechen, ob einer der beiden Partner die Aufforderung des ADGB ablehnen würde. Wer sie ablehnen würde, stünde vor der Arbeiterschaft als der Saboteur der Einheitsfront da. Und diesen Ruf auf sich zu nehmen, wird sich jede der beiden Parteien hundertmal überlegen.

Der Aufruf enthält keinerlei Seitenhieb gegen die KPD, keine sozialdemokratische Parteipropaganda. Wir halten es also für gut, an dieser Demonstration teilzunehmen. Hier sollten auch die Kommunisten mitdemonstrieren und so eine klare Einheitsfrontpolitik betreiben, wie sie es mit ihrem Angebot zu den Präsidentschaftswahlen im Preussischen Landtag getan haben.

Da der Aufruf keine formelle Unterschrift trägt, besteht für die KPD sogar noch die Möglichkeit, nicht nur an der

## Was hemmt die Einheitsfront?



### Jetzt zeige dich, rotes Berlin!

So schließt eine im „Vorwärts“ vom Donnerstag abgedruckte

Aufforderung, am Montag, um 17.30 Uhr, im Lustgarten, zu demonstrieren.

In dem kurzen Aufruf heißt es:

„Wer gegen die HITLER-Barone demonstrieren will, kommt mit!

Wer gegen die Hungersnotverordnung der PAPEN-Regierung protestieren will, kommt mit!

Wer gegen den Terror der SA-Banden protestieren will, kommt mit!

Kein Mißton, kein Streit, keine Disziplinlosigkeit darf die einheitliche Macht dieser Manifestation stören. Arbeiter, steht zusammen im Zeichen der drei Pfeile: Aktivität, Disziplin und Einigkeit!

Hunderttausende haben darauf gewartet. Nun ist es Zeit! Die Eisernen Front ruft!“

Demonstration teilzunehmen, so wie sie von der Eisernen Front veranstaltet werden wird, sondern bei der Veranstaltung selber ihre Mitwirkung anzubieten: wir machen mit und schlagen euch vor, daß Redner von beiden Parteien dort sprechen nach Richtlinien, über die wir uns verständigen.

Das in die Wege zu leiten, ist bis Montag noch möglich.

„Hunderttausende warten. Nun ist es Zeit!“

### Volksbegehren der Arbeiterschaft.

Die Listen für die Reichstagswahl können bis Mitte Juli noch eingereicht werden. Wir wollen bis dahin die Anstrengungen für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterliste von SP bis KP fortsetzen.

Unterschriftenlisten können bei uns angefordert werden.

# Papen erklärt und dementiert.

S. H. Im Mittelpunkt der Lausanner Konferenz steht die Erklärung, die der deutsche Reichskanzler am Mittwoch morgen abgegeben hat. Sie wird mitgeteilt in einer offiziellen deutschen Meldung, die ihr die folgenden Worte voranstellt: „Die Darstellung, die die französische Presse über die gestrigen Verhandlungen (vom Dienstag) der französischen, britischen und deutschen Delegation gibt, ist irreführend... Die gleiche Haltung bezüglich Streichung der Reparationen und Unmöglichkeit einer Schlußzahlung (wie in früheren Unterredungen) hat die deutsche Delegation... am 27. Juni eingenommen.“

Es wird dann berichtet, daß MACDONALD PAPEN die Frage vorgelegt habe, ob er irgend etwas tun könne, um eine Entlösung herbeizuführen. Der Reichskanzler habe daraufhin ausgeführt:

„Das Vertrauen der Welt könne nur wiederhergestellt werden, wenn die Siegermächte sich entschließen würden, die Diskrimination durch den Versailler Vertrag zu beseitigen. Wenn somit die Gleichberechtigung Deutschlands und die Sicherheit hergestellt werde, dann würde der Reichskanzler es für möglich halten, daß Deutschland an der allgemeinen Anstrengung zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft seinen Anteil in Form eines Beitrags zahle, der selbstverständlich die vollkommene Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Deutschland und der Welt zur Voraussetzung hat.“

Im Laufe des Mittwochs haben dauernd Besprechungen stattgefunden, die ihren Abschluß in einer Sitzung fanden, zu der MACDONALD die sechs einladenden Mächte zusammengerufen hatte. Diese Aussprache hatte folgendes Ergebnis: Es wird ein Arbeitsausschuß eingesetzt, der die Reparationsfrage unter dem Vorsitz von MACDONALD zu Ende bringen soll, und ein Handelsausschuß, der die Wirtschaftsfragen klären und damit die Vorbereitung zur Weltwirtschaftskonferenz in London treffen soll. Beide Ausschüsse werden zu Beginn der nächsten Woche einen Bericht erstatten. In der gleichen Sitzung hat der englische Ministerpräsident eine Rede gehalten, in der er das vorläufige Ergebnis für die Lausanner Arbeiten zusammenfaßt und auf die Punkte hinweist, über die bisher ein Einvernehmen erzielt worden sei. Er nannte die Unmöglichkeit der Transferierung, den Zusammenhang zwischen Reparationen und Kriegsschulden einerseits und der Weltwirtschaftskrise andererseits, die Notwendigkeit des Schutzes der deutschen Währung, die Notwendigkeit einer positiven, möglichst endgültigen Lösung der in Lausanne zu verhandelnden Probleme, endlich die Feststellung, Deutschland sei gegenwärtig nicht in der Lage, Reparationszahlungen zu leisten. MACDONALD unterstrich, daß er zu der Frage der deutschen Reparationszahlungen persönlich keine Stellung nehmen werde, da seine Auffassung bei den beiden beteiligten Mächten auf Widerstand stoßen könnte. Er habe daher den Ausschuß gebildet, in dem sämtliche einlaufenden Mächte vertreten seien; bei ihnen stände die Mission in der endgültigen Lösung der Frage zu helfen. Zum Schluß verkündete MACDONALD, daß die Konferenz in der nächsten Woche beendet werden müsse, da er selber am 5. Juli nach London zurückkehren werde.

Das Büro der Lausanner Konferenz, zu dessen Einsetzung MACDONALD am Nachmittag aufgefordert hatte, trat spät abends zu einer Nachtsitzung zusammen. Von den deutschen Delegierten nahm der Finanzminister SCHWERIN-KROSIGK und der Staatssekretär BÜLOW teil. Im Mittelpunkt der Diskussion stand der Plan der Schaffung einer gemeinsamen Kasse zum Wiederaufbau Europas und das Problem, welche Verpflichtungen die einzelnen Staaten, vor allen Dingen Deutschland, zur Zahlung in diese Kasse übernehmen würden.

Der Reichskanzler PAPEN wird in diesen Tagen nach Berlin fahren zu einer Kabinettsberatung. HERRIOT fährt am Donnerstag fort, um sich in Paris vor allen Dingen mit seiner eigenen Partei zu verständigen.

Die bedeutsamste Erklärung, die während der Lausanner Konferenz bisher überhaupt gefallen ist, ist die Antwort,

die PAPEN nicht einem französischen Interviewer, sondern dem Vorsitzenden der Konferenz, dem englischen Ministerpräsidenten MACDONALD abgegeben hat. Diese Erklärung wird nicht dementiert werden. Sie enthält das Zugeständnis, daß Deutschland zahlen kann und daß es seinen Beitrag zahlen wird, allerdings unter einer Bedingung: Deutschland fordert die Gleichberechtigung und Sicherheit seiner Nation, was nach PAPENS eigenen Worten nur durch eine Revision des Versailler Vertrages möglich ist.

Wir erfahren also, daß Deutschland plötzlich zahlungsfähig ist, sobald nur seine Zahlungen den anrühigen Namen „Reparationszahlungen“ verlieren und als Beitragszahlungen in eine allgemeine Kasse figurieren. Dieses Zugeständnis der Zahlungsfähigkeit Deutschlands wird sich Frankreich merken; die daran geknüpfte Bedingung: Revision des Versailler Vertrages wird es ablehnen. Frankreich und die anderen Mächte, die alle durch imperialistische Regierungen vertreten werden, werden hinter verschlossenen Türen über Rüstungen mit sich reden lassen, die sie Deutschland nicht darum gewähren, weil sie die Gleichberechtigung Deutschlands anerkennen, sondern weil es gemeinsame Absichten gibt, für die man auch ein gerüstetes Deutschland gebrauchen kann. Wie man aber die Aufrüstung Deutschlands einführen wird, ob unter der Anerkennung seiner Gleichberechtigung und Sicherheit oder in irgend einer anderen Form, das alles ist gleichgültig; das wird von dem Grad der diplomatischen Kunstfertigkeit abhängen, mit der die verhandelnden Mächte verstehen, den Völkern Sand in die Augen zu streuen.

Die Gesamterklärung PAPENS hat kein Wort der Erwide-

## Zaudern in Genf.

Auch die Abrüstungskonferenz lebt in dieser Zeit vorwiegend von privaten Besprechungen. Am Mittwoch fanden wieder Besprechungen zwischen Vertretern Englands, Frankreichs und Amerikas statt. In Konferenzkreisen spricht man davon, daß der englische Gegenvorschlag zu dem von HOOVER vorgelegten Plan dazu dienen soll, die Beratung über den Hooverschen Abrüstungsvorschlag zunächst zurückzustellen; die englische Regierung sei daran interessiert, über diesen Plan erst in Ottawa mit den britischen Dominions zu verhandeln.

Die französische Abordnung ist am Mittwoch in Lausanne erschienen, um mit HERRIOT die Haltung der Franzosen dem HOOVER-Plan gegenüber festzulegen. Es verlautet, daß der Beschluß gefaßt sei, die französische Delegation werde dem Büro der Konferenz vorschlagen, den amerikanischen Vorschlag an den Generalausschuß weiterzuleiten, damit er ins Arbeitsprogramm der Konferenz aufgenommen werde. — Damit wäre er denn glücklich für eine Zeit lang aus den Verhandlungen ausgeschaltet.

## Zollkrieg gegen De Valera.

In London, 30. Juni. In der Mittwochsitzung des Kabinetts wurde beschlossen; im Fall der Nichtzahlung der am 30. Juni fälligen irischen Entschädigungszahlungen sofort ein Gesetz einzubringen, das der englischen Regierung Vollmachten zur Beitreibung der ausfallenden Summe durch sofortige Erhebung der Zölle auf gewisse irische Einfuhrwaren erteilt. Um die Zölle sofort erheben zu können, wird die Regierung Vollmacht erhalten, die bis zum 15. November in Kraft befindliche Einfuhrfreiheit für irische Waren außer Kraft zu setzen. Da sich der volle Jahresbetrag der irischen Entschädigungszahlungen auf drei Millionen Pfund beläuft und außerdem mit der Zahlungsverweigerung DE VALERAS für andere irische Zahlungen an England im Betrag von zwei Millionen Pfund gerechnet wird, sollen die Einfuhrzölle insgesamt die Summe von fünf Millionen Pfund einbringen, was ungefähr einem Sechstel der gesamten irischen Jahreseinfuhr nach England gleichkommt. Der irische Ausfuhrhandel, der in der Hauptsache in Vieh und Landwirtschaftserzeugnissen besteht, wird durch die Erhebung englischer Zölle sehr stark betroffen werden, da rund 80 Prozent der irischen Ausfuhr nach England geht.

Die Frau neben Trude Müller ärgert sich über ihren Nachbar:

„Der raucht ein Kraut, da dreht sich einem ja der Magen um!“

Der Alte wendet der Frau nicht einmal das Gesicht zu. Er raucht seine Pfeife weiter und stiert ausdruckslos den Rücken seines Vordermannes an. Es ist nicht nur die Oktobernacht und der fahle Schein der Straßenlaterne, der alle Gesichter ähnlich macht.

Der Krieg ist es, dieselben Sorgen sind es:

„Ich habe die Gasrechnung noch nicht bezahlt; drei Pfund Kartoffeln kosten dreißig, der Kohl fünfundzwanzig, wenn ich dazu das halbe Pfund Fleisch bekomme — die Schulzen ihrer hat Glück gehabt, einen Schuß durchs Bein — wo kriege ich nur ein Bett her, ich kann den Jungen doch nicht mehr bei mir schlafen lassen, wo ich die Schwindsucht habe und jetzt die Narbe wieder aufgebrochen ist — die Liese ist schon so ein großes Mädel, wenn ich sie von der Schule freibekomme, kann sie mitverdienen...“

In trübem Dämmern versunken stehen die Reihen da.

Nur wenn eine Frau austreten muß, wenn ein Kind von zu Hause nachkommt und mit heißem Wasser gefüllte Steinkruken zum Wärmen der Füße bringt, oder wenn einer — wie es nicht selten vorkommt — erschöpft zusammenklappt, dann wachen die Umstehenden aus ihrem Dösen auf.

Ein feiner Regen geht nieder, und alle kriechen noch enger aneinander. Sie haben die Luft ihrer übervolkerten Wohnungen mitgebracht, die Miasmen der an ihnen fressenden Krankheiten. Läuse, Krätze, Furunkelose, Flechten — es gibt keine Seife mehr in Deutschland, nur fettlosen Seifenersatz aus Ton und Sand. Der Gestank offener Abszesse, der Geruch ungewaschener Kleider, der kalte Dunst schlechten Tabaks mischt sich mit den Dämpfen des Schlachthofes und bleibt wie eine schwere Wolke in der Masse hängen.

Die Menge unter der Laterne wird aufgestört. Ein paar Jugendliche drängen sich zur Mauer durch; einen Kleisteropf haben sie bei sich und Anschlagzettel, von denen sie einen ankleben.

zung gefunden, weder von seiten MACDONALDS, noch offiziell von französischer Seite her. Die HUGENBERG-Presse stellt daraufhin fest, daß das Angebot PAPENS abgelehnt worden sei. Dieses Urteil schießt weit über das Ziel hinaus. Abgelehnt ist eine Revision des Versailler Vertrages, — wenn auch in der höflichen Form des stillschweigenden Uebergehens —, die über eine Abänderung der deutschen Zahlungsverpflichtungen hinausgeht; aufgegriffen ist der Vorschlag der deutschen Beteiligung an der allgemeinen Hilfskasse. Zur Zeit geht es in Lausanne nur um die Erörterung dieser Bereitschaftserklärung. Die französische Presse schreibt bereits von der Annahme einer Restzahlung durch den Reichskanzler; es wird bereits die Höhe der Summe genannt, zu der Deutschland verpflichtet werden soll.

Worauf gründen sich diese Gerüchte? Die Ereignisse haben inzwischen ihren Fortgang genommen. Die deutsche Regierung hat in später Nachtstunde im Palasthotel einen öffentlichen Anschlag gemacht, wonach alle Gerüchte über ein deutsches Angebot für eine Abschlußzahlung im Rahmen des Reparationssystems als irrig zurückgewiesen werden. Von einem Angebot kann allerdings nicht die Rede sein. Aber in der Nachtsitzung des neu errichteten Büros steht ausschließlich der Plan der Hilfskasse zur Diskussion, und zwar mit dem Zusatz, daß die deutsche Regierung außer zu dem auf jeden einzelnen Staat entfallenden Anteil zu einer weiteren „Beitragszahlung“ verpflichtet werden soll. Von deutscher Seite sind daraufhin noch einmal die von PAPEN gestellten Bedingungen geltend gemacht worden.

Alles in allem: Deutschland wird für das Zugeständnis der Streichung der Reparationen und der Wiederherstellung seiner Gleichberechtigung und Sicherheit (sprich: Rüstungsfreiheit) einen Sonderbeitrag (sprich: Reparationsrestsumme) zahlen.

## Herriot und die Sozialisten.

Im „Funken“ vom 17. Juni berichteten wir über die Zusammenkünfte, die der französische Arbeitsminister sozialistischen Abgeordneten über eine Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung gegeben hat. Es handelte sich vor allem darum, daß alle Arbeitslosen für die ganze Dauer ihrer Arbeitslosigkeit Unterstützung erhalten sollten. Ein Genosse aus Frankreich schreibt uns dazu:

„Die Sozialisten haben niemals gefordert, daß die Arbeitslosen Anrecht auf Unterstützung haben sollen, solange sie arbeitslos sind. Die Sozialisten fordern Arbeitslosenunterstützung in der Form der Versicherung. Dieses hat HERRIOT ausdrücklich abgelehnt. Ferner hat der Arbeitsminister gleichzeitig mit den angekündigten Verbesserungen verfügt, daß alle diejenigen von der Liste der Unterstützungsberechtigten gestrichen werden sollen, bei denen man begründeter Weise annehmen kann, daß sie irgendwie unter der Hand arbeiten oder sonst nicht alle Vorbereitungen für die Unterstützung erfüllen. Diese „Säuberungsaktion“ ist bisher nur in einigen Departements durchgeführt worden und hat zur Folge gehabt, daß durch Beamtenwillkür in einer Woche 13 000 Personen von den Listen gestrichen worden sind; das sind mindestens 10 Prozent der geprüften Fälle. Dagegen hat sich keine Hand gerührt.“

Es bleibt trotz dieser Einwände dabei, daß die damals vom französischen Arbeitsminister verkündeten Maßnahmen weitgehend Arbeiterinteressen entgegenkommen, was um so mehr hervortritt, wenn man diese Verordnung mit der kurz vorher erlassenen deutschen Notverordnung vergleicht. Aber die Regierung HERRIOT ist auch bei solchen Maßnahmen eine bürgerliche Regierung, die nur durch politischen Druck zu sozialistischen Schritten genötigt werden kann. Die Ergänzungen, die uns aus Frankreich gemeldet worden sind, zeigen, daß dieser Druck von seiten der sozialistischen Partei noch nicht so stark ist, wie er nach jener ersten Meldung zu sein schien.

## Der Streit

### um die mandchurische Zolloberberheit.

Dienstag morgen wurde auf Veranlassung der Regierung Puji das Zollamt in Charbin von der mandchurischen Polizei besetzt. Die mandchurische Fahne wurde aufgezogen. Der britische Leiter des Zollamts hat dagegen Protest eingelegt und sein Amt niedergelegt.

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

18)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Nach einer halben Stunde hat sie den Schlachthof erreicht. Ein riesiges, zwischen der Ringbahn und den Arbeiterquartieren des Berliner Ostens liegendes Gelände, das von einer endlosen Ziegelmauer umgeben ist. Die Schuppen und Ställe dahinter sind in der Dunkelheit nicht zu erkennen. In der Eldenaer Straße, nahe beim Bahnübergang, stößt sie auf die „Schlange“ — Frauen, Urlauber, alte Männer, die sich in Reihen aufgestellt haben, um am anderen Morgen bei der Fleischausgabe nicht zu spät zu kommen. Die ersten, die schon am Nachmittag kamen, wurden von den Polizisten weggejagt, auch um fünf und um sechs wurde die Menge wieder zerstreut. Erst nachdem es vollständig dunkel geworden war, duldet die Polizei die Ansammlung. Um acht Uhr standen einige Hundert an der Mauer, um zehn waren es schon über tausend.

Zu vieren stehen sie hintereinander. Viele Frauen haben sich Sitzgelegenheiten mitgebracht — Schemel, Feldstühle, Fußmatten. Viele haben sich Decken umgehängt. In den ersten Nachtstunden versuchten sie noch miteinander zu sprechen. Die Urlauber holten auch Karten hervor und spielten miteinander. Allmählich sind alle still geworden und übereinander hingsunken.

Trude Müller stellt sich hinten an.

Sie hat nichts zum Sitzen mitgebracht. Gegen die Nachtälte trägt sie einen Soldatenmantel, der ihr viel zu weit ist. Beide Hände in den zusammengeschobenen Ärmeln vergraben, steht sie auf ihrem Platz. Weiter vorn, unter einer Laterne, sieht sie Lucie Lange mit der kleinen Lene stehen. Die Kleine hält den Kopf schief, um den Dutt der neben ihr hockenden Frau nicht zu berühren. Das ist wegen der Läuse — die Tante hat ihr eingeschärft, sich endlich mal vorzusehen.

Auch die um Trude Müller herum werden wach. „Paß doch auf, trampel mir nicht auf die Füße!“ „Entschuldigen Sie man, daß ich über ihre Stelzen gestolpert bin!“

„Wat heest hier entschuldigen, soll ick meine Beene vielleicht in die Tasche stecken?“

„Nee, die Jugend heute...“

„Wat drängt die sich überhaupt hier zwischen?“

„Regen Sie sich bloß nicht auf! Ich habe meinen Platz weiter vorn. Ich will ja bloß mal mit meine Nachbarn hier ein Wort reden!“

Lucie Lange hat sich vorn ihren Platz freihalten lassen und ist nach hinten gekommen, um sich mit Trude Müller unterhalten zu können.

„Haben Sie gesehen, Frau Müller, die mit ihren Plakaten? Und gestern abend, an der Ecke im Schusterkeller, da war noch Licht, da haben die wieder Sitzung gehabt, und der Doktor aus unserm Haus, der Duncker von vorne zwei Treppen, der geht mit seiner Frau da auch immer hin; die von der USP, wat die schon wollen — Na, und unsere Portiersche, die soll man nich um andere Leute kümmern. Die soll lieber sagen, wie die Karnickel im Keller immer verschwinden. Erst füttert man sie mit den paar KKartoffelschalen durch, dann sind sie mit einemmal weg — und die Mörhing mit ihrem Feldgrauen, da redet doch schon das ganze Haus von...“

Trude Müller wirft einen Blick auf die kleine Lene.

Doch Lucie sagt mit einer wegwerfenden Handbewegung: „Ach die, die weest doch schon janz jenua, wo die Jurken hängen! Aber das mit dem Mörhing, das stimmt doch. Und der Feldgrau, das soll ein Deserteur sein. Und dabei ist doch ihr Mann erst gefallen — was macht denn eigentlich ihrer? Ach ja, hören Sie, mein Vater hat mir doch so einen Krach gemacht. Ich soll dem Karl Raumschuh, was mein Bräutigam is, nich mehr schreiben, weil er Matrose is...“

Ein Urlauber dreht sich um, auch eine der Frauen:

„Die hat einen Redefluß!“

„Und wie die angibt!“

(Fortsetzung folgt.)



**Mietbeihilfe in Preußen.**

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt:

Gemäß § 9 Abs. 2 Ziff. 1a und b der Hauszinssteuerverordnung war die Hauszinssteuer zu stunden und niederschlagen bei Mietwohnungen, soweit deren Nutzungsberechtigte und die ihren Haushalt teilenden Familienangehörigen zusammen nachweisbar einen Arbeitslohn oder ein sonstiges Einkommen von nicht mehr als 1200 Mark bezogen oder sofern Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene, die eine öffentliche Unterstützung oder eine Zusatzrente erhalten oder Erwerbslose oder andere bedürftige Personen, welche die volle gesetzliche Miete nicht zahlen können, Mieter sind. Diese Vorschriften sind durch die Verordnung zur Sicherung des Haushalts vom 8. Juni 1932 — GS S. 199 — mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab aufgehoben, d. h. es werden von diesem Zeitpunkte ab Hauszinssteuererstattungen und Niederschlagungen zu Gunsten hilfsbedürftiger Mieter hinsichtlich ihrer Wohnungen in der alten Weise nicht mehr gewährt.

Die Unterstützung hilfsbedürftiger Mieter obliegt künftig den Bezirksfürsorgeverbänden nach Maßgabe der Fürsorgepflichtverordnung und den Richtlinien der Bezirksfürsorgeverbände für die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen. Zur Deckung der erhöhten Unkosten sind vom Staate den Bezirksfürsorgeverbänden entsprechende Mittel bereitgestellt. Hilfsbedürftige Mieter haben daher ihre Anträge auf Erhöhung ihrer Unterstützung sogleich an das zuständige Wohlfahrtsamt zu richten. Die sofortige Nachprüfung und Entscheidung dieser Anträge ist bei der Masse der Anträge zur Zeit nicht möglich.

Mit Rücksicht hierauf hat der preussische Finanzminister zur Vermeidung von Härten in der Uebergangszeit genehmigt, daß den Hauseigentümern, denen bisher Hauszinssteuererstattungen zu Gunsten hilfsbedürftiger Mieter gewährt wurden, für den Monat

**Juli d. J. stillschweigend, also ohne neuen Antrag, noch ein entsprechender Hauszinssteuerbetrag ohne Ziel auf Niederschlagung zinslos gestundet wird,**

und zwar bis zur erstinstanzlichen Entscheidung der Fürsorgebehörde. Sollte über die Anträge fürsorgerechtigter Mieter durch die Fürsorgebehörden in einzelnen Orten im Laufe des Monats Juli in erster Instanz noch nicht entschieden werden, so kann der Vorsitzende des Grundsteuerberufungsausschusses im Benehmen mit dem Regierungspräsidenten (für Berlin Oberpräsident)

**auf Antrag eine entsprechende Regelung noch für den Monat August genehmigen.**

Durch diese Regelung ist für die Mieter, deren Hilfsbedürftigkeit anerkannt oder abgelehnt worden ist, erreicht, daß für den Monat Juli keine Änderung in ihren tatsächlichen Mietzahlungen eintritt und sie Zeit für eine etwa nötige Umstellung, insbesondere hinsichtlich eines Wohnungswechsels, gewinnen. Zur Erleichterung des Wohnungswechsels können Hilfsbedürftigen Umzugsbeihilfen von den Bezirksfürsorgeverbänden gewährt werden. Solange sie rechtlich oder tatsächlich insbesondere durch das Fehlen geeigneter Wohnungen gehindert sind, eine andere angemessene Wohnung zu finden, sind die Verhältnisse des Einzelfalles, darunter auch der tatsächliche Wohnungsaufwand für die Bemessung der Mietbeihilfe, gegebenenfalls über den im Richtsatz hinaus dafür vorgesehenen Betrag zu berücksichtigen.

**Internationale Hilfs-Vereinigung, Bezirk Berlin-Brandenburg**  
Berlin SW 68, Wilhelmstraße 135, I, Tel. Bergmann 8736.

Ortsgruppe Charlottenburg: Mitgliederversammlung Freitag, 1. Juli, um 8 Uhr abends, im Lokal Gernar, Kaiser-Friedrich-Str. 30, Ecke Grünstraße.

Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg: Am Sonntag, 3. Juli, findet in Berlin die Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg statt.

Tagesordnung: 1. Wie organisieren wir die überparteiliche Klassenolidarität? Referent: Genosse Jacob Schlör. 2. Bericht des BV und nächste Aufgaben. Referent: Genosse Fritz Schlotka. 3. Diskussion. 4. Wahlen. 5. Anträge. 6. Verschiedenes. — Beginn der Konferenz 10 Uhr vormittags. Auf zehn Mitglieder entfällt ein Delegierter. Delegierte und Anträge sind bis 26. Juni an dem BV zu melden. Delegierte müssen Ausweis der Ortsgruppe und Mitgliedsbuch mitbringen. Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg.

Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg. Die Konferenz findet am Sonntag, dem 3. Juli 1932, vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses Neukölln, Berliner Straße 64, II. Stock, statt. Die Delegierten müssen außer dem Mandat ihrer Ortsgruppe auch das IHV-Mitgliedsbuch vorlegen. Die Vertreter der befreundeten Organisationen wollen ebenfalls einen Ausweis ihrer Organisation mitbringen. IHV-Mitglieder können gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches als Gäste teilnehmen.

**„Das Zentrum in der Opposition“.**

Von Professor Dr. Georg Schreiber: Brüning, Hitler, Schleicher. Verlag der Kölner Görreshaus A.-G. Köln. 62 Seiten. 75 Pf.

Der zentrümliche Prälat beleuchtet in dieser Wahlbroschüre die Hintergründe, die zur Entstehung des Kabinetts von PAPAN geführt haben. Bezeichnend für die deutsche Kulissenpolitik ist, daß bereits im Oktober 1931 von PAPAN als der künftige Reichskanzler in der Presse genannt wurde.

Der frühere Zentrumsmann VON PAPAN wird von seinem ehemaligen Fraktionskollegen nach Strich und Faden zusammengestaut für die bodenlose Naivität, — nicht, weil er mit den NS ein Geschäft gemacht hat, sondern weil er dieses Geschäft ohne die geringste Gegenleistung gemacht hat.

Zum Schluß seiner Broschüre geht SCHREIBER auf den Vorwurf des Herrn VON PAPAN ein, es sei zu tief schon „in allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens die Zersetzung durch atheistisch-marxistisches Denken eingetreten, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren“. Diese Feststellung bringt den Zentrumsmann in Harnisch. Man glaubt förmlich die Empörung des Verfassers über diese ungeheuerliche Feststellung zu spüren. Und so hagelt denn nur die Aufzählung aller der Erfolge in kulturpolitischen Fragen, die dem Zentrum zwar unter tatkräftiger Assistenz der Sozialdemokraten, aber — Achtung, Sozialdemokraten! — „ohne Rücksicht auf die sozialdemokratischen Empfindlichkeiten“ gelungen sind. Ja, oft sogar unter dem Widerstand der Rechten! Dagegen konnten selbst die geringsten Vorstöße der sozialdemokratischen Partei in kulturpolitischer Hinsicht, wie z. B. Gewährung der Körperschaftsrechte der Freidenker, im Keime erstickt werden. Eine wahrhaft beachtenswerte Leistung!

**Das Wichtigste:**

Das Zentrum in Opposition? Nur so lange, wie man dem Zentrum den Gegenwert für die Regierungsbeteiligung vorenthält. Die Anbiederung an die Rechte geht deutlich aus einer Stelle der Broschüre hervor: „Wir haben durch Dr. KAAS dem Reichspräsidenten erklären lassen, daß wir

**Berliner Polizeikommandeur warnt SA.**

Im Anschluß an die klägliche Lustgardendemonstration der reaktionären Studentenverbände am 28. Juni in Berlin war es zu Ausschreitungen der nach Hause marschierenden Demonstranten gekommen. Unter anderem drangen demonstrierende Trupps Unter den Linden in das Gebiet der für Demonstrationen jeder Art gesperrten Banneile, die das Reichstagsgebäude umgibt. Die Polizei griff gegen die Nazistudenten ein. Darauf große Zeitungsattacken gegen den Berliner Polizeikommandeur HEIMANNBERG, der die Führung der Polizei an diesem Tage hatte. „20 Studenten rücksichtslos mit dem Gummiknüppel bearbeitet“ — so und anders regt sich die Rechtspresse auf.

Polizeikommandeur HEIMANNBERG veröffentlicht gegen diese Pressekampagne eine Erklärung; darin heißt es unter anderem:

Artikel, wie sie beispielsweise kürzlich im „Angriff“ gestanden hätten, verfolgten offenbar den Zweck, die Führung der Polizei kopfscheu zu machen. Es könne aber versichert werden, daß die polizeiliche Führung gerade durch derartige Veröffentlichungen in Zukunft die Zügel nur noch fester in die Hand nehmen werde. Die Polizei werde alle Versuche, die geeignet seien, Ruhe und Ordnung zu stören, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken. Er (HEIMANNBERG) könne sich aber vorstellen, daß, wenn die Presse in der bisherigen Weise mit ihren Angriffen gegen die Polizei fortfahren werde, einmal der Tag komme, wo die Gegensätze so aufeinander prallten, daß es Tote geben werde. Bei den Zwischenfällen, die sich anlässlich des Aufzuges der Skagerrak-Wache scinerzeit ereignet hätten, habe die Polizei bereits größte Zurückhaltung geübt, aber die gestrigen Vorgänge Unter den Linden und in den anliegenden Straßen überstiegen alles, was bisher in dieser Hinsicht zu verzeichnen gewesen sei.

Es wird in der Tat allerhöchste Zeit, daß die preussische Polizei gegen die SA die Energie an den Tag legt, die sie bei dem Ueberfall auf das „Vorwärts“-Gebäude vermissen ließ. Gegenüber Kommunisten hat sie sie vielfach nicht vermissen lassen — z. B. kürzlich bei der Beerdigung des erschossenen Kommunisten in Staffort, bei der drei Arbeiter von Polizisten erschossen wurden. Demgegenüber werden die Nazistudenten,

die den Gummiknüppel fühlten, reichlich wichtig genommen. Es kommt hier auf festes Zugreifen mehr an als auf Warnungen in der Presse. In der Presse wird vermutlich doch GOEBBELS den größeren Lärm zu schlagen wissen.

**Chronik der Raubüberfälle.**

24. Juni. Zwei junge Burschen überfielen den Geldboten der Maschinenfabrik GAST in Berlin-Lichtenberg. Während sie mit ihm um einige Tausend Mark rangen, die er bei sich trug, eilten ihm Arbeiter der Fabrik zu Hilfe. Die Räuber entflohen dann in einem bereitstehenden Auto, das sie einige Stunden vorher auf dem Zentralviehhof gestohlen hatten.

25. Juni. Im Bankgeschäft BOENING, Berlin, Jägerstraße, erschienen zwei Männer mit Revolver und dem Ruf „Hände hoch!“ Während die beiden anwesenden Bankangestellten mit erhobenen Händen und dem Gesicht zur Wand dastanden, nahmen die Räuber 2000 Mark und andere Wertsachen aus dem Geldschrank und verschwanden.

28. Juni. In den Kassenraum der WOERMANN-Linie in Hamburg, Große Reichenstraße, drangen drei Männer, bedrohten die Angestellten mit Revolvern, rafften etwa 50 000 Mark zusammen und flüchteten in einem Auto.

**Tag der Brände.**

Im Hafenviertel von Skagen (Dänemark) tobte am Dienstag ein Riesenbrand. Er ging von einer Fischkonservenfabrik aus, vernichtete deren Lagergebäude völlig und bedrohte Werften, Hafen und die Villen am Hafen.

Mehrere Gehöfte in Moor bei Lenzen (Elbe) wurden am Dienstag durch Feuer verwüstet. Es entstand infolge zu starken Heizens eines Backofens; dadurch geriet ein Schornstein in Brand. Das Feuer griff auf Nachbargehöfte über. Zwei Wohnhäuser, drei Scheunen und ein Stall wurden vernichtet.

In der Küstriner Dachpappenfabrik MINUTH wurde in einer Stunde der Hauptfabrikationsraum mit Maschinen und Vorräten vernichtet. Schaden: etwa 50 000 Mark.

Im Opernhaus in Hannover brannte am Dienstag ein Teil der Garderobenräume aus.

**Die öffentlichen Versammlungen des ISK.**

**Essen:** Dienstag, den 5. Juli, 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Kastanienallee. Thema: Naziterror in Braunschweig. Redner: Genosse Probst, Braunschweig. Eintritt 10 Pf. Für Erwerbslose frei.

**Essen-West:** Freitag, den 1. Juli, 20 Uhr, bei Spellerberg (früher Gartke), Siemensplatz. Die Schaffung eines Wahlblocks SP-KP.

**Göttingen:** Sonnabend, 2. Juli, 20,30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Der linke Wahlblock unter Führung des ADGB. Redner: Gen. Walter Probst (Braunschweig).

**Freie Aussprache** — **Eintritt frei**

**Wirtschaftspolitische Aussprache:**

**Berlin:** Freitag, den 1. Juli, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelguter 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: Wie werden Produktion und Verteilung geregelt in der Marktwirtschaft? In der Planwirtschaft? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pf. Für Erwerbslose frei.

**Antifaschistisches Bündnis.**

Einen guten Anfang mit der Ueberwindung der Kräftezersplitterung haben die Leitungen der Deutschen Friedensgesellschaft und des ISK gemacht. Sie sind übereingekommen, in Orten, wo sie beide durch Ortsvereine vertreten sind, keine gegen den Faschismus gerichtete öffentliche Aktion zu unternehmen, ohne Fühlungnahme mit der anderen Organisation.

Diese Abmachung soll anderen Organisationen als Anregung dienen, sich ihrerseits diesem Bündnis anzuschließen.

Es erscheint überflüssig, die Nützlichkeit dieser Einrichtung zu begründen: Das Proletariat hat keine Zeit zu verlieren im Kampf gegen den Faschismus — und alle Einsparungen an Kraft, Zeit und Geld, die bei solchen gut durchgeführten Vereinbarungen möglich sind, erleichtern diesen Kampf.

Deutsche Friedensgesellschaft:

I. A.: Fr. Küster.

Internationaler Sozialistischer Kampfbund:

I. A.: Willi Eichler.

**Frauen gegen den Krieg.**

Versammlung, Freitag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, Arnim-Säle, Kommandantenstraße, I. Stock.

Es sprechen: Frau Hamburger, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Thea Persius, Anti-Opium-Liga, Lotte Löbinger, Junge Volksbühne, Dr. Reiche, Klub der Geistesarbeiter, Traute Hoelz, Internationale Arbeiterhilfe, Maria Hodaun, ISK, Anni Volke, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Lotte Hohmann, Reichskomitee werktätiger Frauen, Frau Peters, Rote Hilfe, Marianne Gundermann, „Weg der Frau“.

jede Totallösung im Reich objektiv prüfen werden. Auch BRÜNING hat zum Ausdruck gebracht, daß er grundsätzlich der Rechten sich nicht versagt...“

H. Klinkenberg

**Wie schaffen wir die Einheitsfront?**

Gespräch mit einem Kommunisten.

Franz: Hör mal, Hans, du bist doch auch für die Herstellung einer einheitlichen Abwehrfront gegen den Faschismus?

Hans: Natürlich!

Franz: Dann zeichne dich hier mal ein.

Hans (nachdem er die Liste angesehen hat): Kommt gar nicht in Frage. Mit dem ADGB, mit der SPD kann man nicht zusammengehen; die haben uns zu lange verraten.

Franz: Darüber brauchen wir jetzt nicht zu streiten; jetzt kommt es doch darauf an, den Feind, der uns alle gemeinsam bedroht, abzuwehren. Und dazu sind die Gewerkschaften bereit; denn auch sie haben viel zu verlieren unter dem Faschismus.

Hans: Aber die wollen ja gar nicht. Diese Listensammlung haben die Gewerkschaften und die SP sicher nur ausgedacht, um die RGO-Mitglieder zu fangen.

Franz: Woher hast du diese Weisheit eigentlich? Die SP sagt dasselbe von der RGO. Sie meint, durch diese Listen wolle die RGO die Gewerkschaftsmitglieder herüberziehen. Ihr seht eben dauernd nur auf das euch Trennende, statt auch mal das Gemeinsame, nämlich den gemeinsamen Feind, ins Auge zu fassen. Wenn dein Haus brennt, freust du dich doch auch über jeden, der löschen hilft, ohne zu fragen, was er dir früher alles angetan hat!

Hans: Na ja, das stimmt, es wäre ja auch nicht schlecht, erst mal zusammenzustehen gegen die Nazis; die KP, will es ja auch; aber die Gewerkschaften haben es ja abgelehnt und die SP auch. Sie wollen nur mit der KP zusammenarbeiten, wenn wir nicht mehr die Fehler der SP aufdecken. Und das können wir doch nicht, das würde ja kein KP-Mann verstehen. Die Fehler der SP dürfen nicht totgeschwiegen und nicht verziehen werden.

Franz: Aber mit dieser Methode, die ihr schon so lange anwendet, seid ihr doch nicht weiter gekommen. Die Arbeiterschaft steht vor dem Untergang, und ihr entlarvt und entlarvt, statt den Nazis eins auf den Deckel zu geben.

Hans: Aber man kann doch die Gegensätze nicht verkloistern!

Franz: Braucht ihr auch nicht. Ihr braucht euch ja nur zu entschließen, im Augenblick den Schlag wirklich einmal auf den Hauptfeind zu konzentrieren; dann bleibt für Anpöbeleien, mit denen nur die Einheit der Faschistengegner gestört wird, gar keine Zeit und Kraft.

Hans: Aber der „Vorwärts“ pöbelt uns doch auch immerfort an.

Franz: Das ist es ja. Ihr starrt immer darauf, was der andere macht. So kann man bis in alle Ewigkeit weiterwursteln, falls uns nicht inzwischen der Hals abgeschnitten wird von den Faschisten.

Hans: Das ist richtig. Aber wenn wir auch wollten, die wollen ja nicht.

Franz: Woher weißt du das? Vorläufig haben sie sich doch nie zusammengesetzt, um über die Möglichkeit eines Zusammengehens zu beraten. Vorläufig schreiben nur die Redakteure von beiden Seiten sich die Finger wund, das „die ändern“ nicht wollen. Und das wird von den gläubigen Lesern nachgeplappert, die sich kein eigenes Urteil zutrauen.

Hans: Ja, die Zeitungen haben sicher mit Schuld an unserer Zersplitterung. Man mag „Vorwärts“ und „Rote Fahne“ ja kaum noch lesen. Vielleicht würde es ja was, wenn die Führer der feindlichen Arbeiterparteien sich mal persönlich zusammensetzten. Aber das tun sie wohl nicht!

Franz: Gerade das wollen wir ja mit unserer Unterschriftensammlung erreichen. Der ADGB soll sie wenigstens aufordern, zusammenzukommen. Und wenn sie sich dann doch nicht einigen, sieht man wenigstens, woran das liegt. Dann kann es wenigstens nicht immer auf „den ändern“ geschoben werden.

Hans: Gut, dafür bin ich auch. Vielleicht ist es ja doch ein Weg, sich zu veretändigen. Und das ist ja die Hauptsache.

## Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. Wie schlagen wir den Faschismus?

E. M. Einen guten Verlauf nahm die öffentliche Versammlung des ISK gestern abend in Berlin, Klubhaus Ohmstraße. Hier saßen nicht nur Genossen aus den verschiedensten Arbeiterorganisationen (SPD, „Reichsbanner“, KPD, ISK, LENIN-Bund) an einem Tisch. Die Versammlung war auch ein lebendiges Beispiel dafür, daß es möglich ist, ja zu sagen zum Volksbegehren der Arbeiterschaft, zu dem Vorschlag, daß SP und KP zum 31. Juli gemeinsame Wahllisten aufstellen, ohne seine politische Überzeugung als Kommunist, Sozialdemokrat oder ISK-Genosse zu verleugnen oder vorher noch schnell abzulegen.

Die Rednerin kennzeichnete zunächst mit einigen Hinweisen den Vormarsch der Reaktion in Deutschland, um eindringlich vor Augen zu führen,

wie wenig Grund wir zu der Annahme haben, viel schlimmer könne es doch nun bald nicht mehr werden. Sie stieß auf lebhaftes Zustimmung mit ihrer Meinung, daß gerade heute eine besondere Gefahr darin liegt, den politischen Gegner zu unterschätzen oder aus Pessimismus in Tatenlosigkeit zu verharren.

Die Meinungen über die Aussicht, durch das Volksbegehren der Arbeiterschaft und ähnliche Aktionen ein Zusammengehen der SPD und KPD zum 31. Juli zu erreichen, waren geteilt.

Aber für niemanden war das ein Grund, diese Einheitsfront-Aktion abzulehnen.

Im Gegenteil, die Bemühungen der Genossen waren sämtlich darauf gerichtet, noch wirksamere Mittel und Wege ausfindig zu machen, den Geist der Bereitschaft und Solidarität innerhalb der Arbeiterschaft zu fördern. Wie erreichen wir, daß die Arbeiterparteien in absehbarer Zeit die gegenseitige Hetze in der Presse einstellen? Was läßt sich über das Volksbegehren hinaus tun, um die SP und KP an einen Tisch zu zwingen? Diese und ähnliche Fragen wurden ernsthaft diskutiert.

Was also so zuversichtlich nach dieser Versammlung stimmt, das ist das Erlebnis: Mit dem Volksbegehren der Arbeiterschaft, mit den damit verbundenen Versammlungen, Diskussionen auf Stempelstellen, in Betrieben u. s. w., ist wirklich ein **verheißungsvoller** Anfang gemacht. Der Stein ist ins Rollen gebracht! Was es jetzt gilt, das ist: nicht zu erlahmen, sondern, wie LIEBKNECHT sagt: „... Hämmern. Bis der Nagel fest sitzt. Axtschlagen — bis der Baum fällt. Pochen — bis Schlafende aufwachen. Peitschen. Bis Trüge und Feige aufstehen und handeln.“

## Von allen Seiten Einheitsfrontverlangen.

Bremen, 28. Juni.

„Der Vorstand und die Funktionäre der Ortsgruppe Bremen des Deutschen Freidenker-Verbandes fordern vom Hauptvorstand ihrer Organisation, daß er sich sofort mit dem ADGB in Verbindung setzt, um gemeinsam mit ihm an der Schaffung der notwendigen Einheitsfront der gesamten Arbeiterbewegung zu arbeiten.“

In diesen Stunden, in denen es um den Fortbestand der Arbeiterbewegung geht, ist schnelles Handeln erforderlich. Es gilt einen kühnen Schritt vorwärts zu tun, um der durch den Bruderkampf zermürbten Arbeiterschaft neuen Antriebs zu geben. Die bevorstehende Reichstagswahl ist dafür eine Gelegenheit.

Die Schaffung eines einheitlichen linken Wahlblocks SPD — KPD wäre der entschlossene Schritt zur Besinnung, auf den Millionen Arbeiter warten.

Er würde die Begeisterungswelle in der Arbeiterschaft schaffen, an der alle faschistischen Angriffe zerbrechen werden.

Der Deutsche Freidenker-Verband und die Freien Gewerkschaften — die großen überparteilichen Organisationen der Arbeiterbewegung — müssen sofort daran gehen, eine Plattform auszuarbeiten, auf der eine Einigung der Parteien möglich ist. Sie müssen die Macht ihrer Organisationen dafür einsetzen, die Parteien zu einer Verständigung zu bringen.

Das verlangen nicht nur die Funktionäre der Ortsgruppe Bremen des Deutschen Freidenker-Verbandes, sondern es ist der Wille Millionen klassenbewußter Proletarier.“

## Das Ende der gewerkschaftlichen Erwerbslosenunterstützung.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen haben an den Reichsarbeitsminister folgende Eingabe gerichtet: „Bei Erörterungen über den Begriff der Hilfsbedürftigkeit im Vorstand der Reichsanstalt wurde die Frage aufgeworfen, ob in Zukunft die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung so wie bisher ohne Einfluß auf die gesetzliche Leistung ist. Bei der Besprechung der Frage wurde festgestellt, daß die Praxis jetzt bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit zwar verschieden sei, überwiegend jedoch (in Preußen z. B. allgemein) jede Einnahme angerechnet wird, also auch die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung zu einer Kürzung der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung führen würde.“

Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Gewerkschaften nicht gewillt sind, zu den unerträglichen Kürzungen, die den Arbeitslosen bereits durch die letzte Notverordnung zugemutet werden, noch den Verlust der gewerkschaftlichen Unterstützung zu tragen. Die Gewerkschaften sind auch nicht gewillt, diese Lasten zugunsten der durch Beiträge erworbenen Ansprüche zu übernehmen, sondern würden gezwungen sein, ihre bisherigen Leistungen einzustellen, wenn die Anrechnung erfolgt.

Es sei auch noch besonders darauf hingewiesen, daß es sich bei den von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen um freiwillige Leistungen handelt, auf die ein eigentlicher Rechtsanspruch der Mitglieder nicht besteht.

Um die weitgehende Beunruhigung, die bereits eingetreten ist, zu beseitigen, bitten wir, uns baldigst davon in Kenntnis setzen zu wollen, ob der Herr Reichsarbeitsminister gewillt ist, die Nichtanrechenbarkeit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auszusprechen.“

Es ist klar, daß die Gewerkschaften gar keinen anderen Standpunkt einnehmen können, als die Zahlung von Unterstützungen zu unterlassen, falls diese bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in der öffentlichen Fürsorge, der Krisenunterstützung u. s. w. angerechnet werden.

Die dadurch den Gewerkschaften erwachsende finanzielle Entlastung wäre sicher sehr zu begrüßen. Andererseits würde der Verlust der Unterstützung bei den Gewerkschaftskollegen zweifellos große Erbitterung hervorrufen, die sich aber verhältnismäßig gegen den Staat richten wird. Denn kein Gewerkschaftskollege wird es gutheißen, daß die Arbeiter sich mit ihren abgesparten Groschen selber kümmerlich durchbringen, während der Staat das auf diese Weise ersparte Geld Großgrundbesitzern und anderen Pleiteanwärtlern zur Haltung ihrer Vormacht- und Ausbeuterstellung zusteckt.

# Parteilpolitische Neutralität in den Gewerkschaften.

## Klare Förderungen von DMV-Kollegen.

H. D. Im August findet in Dortmund der Verbandstag des DMV statt. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht die Anträge, die für den Verbandstag von den Mitgliedern gestellt werden. Unter der Rubrik „Allgemeine Verbandspolitik“ befinden sich eine Reihe Anträge, die die parteipolitische Neutralität fordern oder sie berühren. Wir lassen sie im Wortlaut folgen.

Opladen.

„Bei den Reichspräsidentenwahlen sowie bei den Wahlen zu den Länderparlamenten u. s. w. hat die „Metallarbeiter-Zeitung“ und der DMV durch die Unterstützung der Eisernen Front und

durch Hingabe von Geldern zu Wahlzwecken offen die Parolen und die Wahlen der SPD unterstützt.“

Der DMV ist eine überparteiliche proletarische Organisation, er umfaßt die Arbeiterschaft aller sozialistischen Richtungen. Angesichts der Tatsache, daß der DMV alle seine Mittel notwendig zur Durchführung seiner Kämpfe benötigt, andererseits die Politik der SPD von den Mitgliedern durchaus nicht als im Interesse der Arbeiterschaft entsprechende Politik betrachtet wird, spricht der Verbandstag der Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung“ und dem verantwortlichen Vorstand wegen der Unterstützung der Wahlen HINDENBURGS und der SPD sein schärfstes Mißtrauen aus.

Die Stellungnahme für die SPD und ihre Politik der Tolerierung und für die HINDENBURG-Front ist falsch und mit den Interessen des Verbandes als einer überparteilichen Organisation nicht zu vereinbaren.“

G. BÜTER, Köln.

Der DMV ist überparteilich; Versammlungen des Verbandes dürfen nicht zu einer einseitigen Parteireklame benutzt werden, ebenfalls darf kein Verbandsgeld zu parteipolitischen Zwecken verwandt werden.“

J. DELKER und Genossen, Elmshorn.

Der Verbandstag wolle beschließen, daß keinerlei Mittel seitens der Gewerkschaften für industrielle Beteiligung, Eiserner Front oder für Wahlzwecke der SPD zur Verfügung gestellt werden.“

ERICH HAUSEN, Stuttgart.

Um die Kraft der gesamten Arbeiterklasse einzusetzen, wird

## Unglaublicher Lohnabbau bei den Dachdeckern.

Am 31. Juli tritt ein neuer Reichstarif für das Dachdeckerhandwerk in Kraft. Er hat als Grundlage einen mit den Stimmen der Unternehmer gefällten Schiedsspruch, für dessen Annahme sich die Dachdecker durch Urabstimmung ausgesprochen haben. Die neuen Löhne lehnen sich an die Bauarbeiterlöhne an und betragen für Dachdecker 3 und 4 Pfennig mehr pro Stunde. Fahr- und Ueberlandzuschläge sollen bezirkweise geregelt werden. Die Jung-Gesellenlöhne betragen im ersten Jahr nach Beendigung der Lehrzeit 80 Prozent, im zweiten 85 Prozent und im dritten 90 Prozent des Gesellenlohnes. Auch verschiedene andere Bestimmungen des bisherigen Reichstarifvertrages sind erheblich verschlechtert worden.

So ist

der Vorstand beauftragt, sich im ADGB für die Einberufung einer Konferenz aller gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse zum Zwecke der Organisation der proletarischen Einheitsfront

und der Einleitung umfassender Massenaktionen einzusetzen.“

J. WALCHER, A. ENDERLE, Berlin.

Der Verbandstag lehnt den bisherigen Kurs der Verbandsleitung ab. In Erkenntnis, daß die Weiterexistenz der kapitalistischen Wirtschaft nur um den Preis einer weiteren Verelendung der Massen möglich ist, und daß daher eine wirkliche Besserung der Lage der Arbeiterklasse nur zu erreichen ist, wenn die bankerotte kapitalistische Bedarfswirtschaft ersetzt wird, beschließt der Verbandstag:

1. Keinerlei Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter weiterhin kampflös hinzunehmen;

2. im ADGB für eine Koordinierung der den Gewerkschaften aufgezwungenen Abwehrkämpfe einzutreten und zu verlangen, daß die gewerkschaftlichen Machtmittel in politischen, außerparlamentarischen Massenkämpfen gegen Lohn- und Unterzahlungsraub eingesetzt werden;

3. den gesamten gewerkschaftlichen Kampf bewußt auf die revolutionäre Beseitigung des kapitalistischen Systems und die Verwirklichung des Sozialismus einzustellen.“

W. MÜLLER und Genossen, Gevelsberg.

Die enge Verbindung des Verbandes mit der SPD ist aufzugeben, jede materielle und propagandistische Unterstützung derselben ist abzulehnen, sowie der Austritt aus der Eisernen Front zu vollziehen. Wir verlangen Rücksichtnahme darauf, daß der Verband nicht eine Filiale der SPD ist, sondern die überparteiliche Klassenorganisation der deutschen Metallarbeiterschaft sein soll, in der auch Hunderttausende von Nicht-SPD-Mitgliedern organisiert sind.“

F. SOMMER und Genossen, Harburg.

Für Wahlpropaganda der SPD dürfen keine Mittel mehr vorausgibt werden.“

Wir freuen uns, daß die Forderung der parteipolitischen Neutralität in den Gewerkschaften in den Kreisen der Mitglieder des DMV klar vertreten wird. Je eher diese Forderung erfüllt ist, umso eher wird auch eine Einheitsfront der Arbeiterschaft unter Führung des ADGB, die zu fordern wir im Interesse des Kampfes gegen den Faschismus nicht müde werden, möglich sein.

Der Urlaub für 1932 völlig gestrichen worden. Der neue Vertrag gilt bis zum März 1933. Da die Arbeiterlöhne in der jüngsten Zeit um 20 Prozent und mehr gesenkt worden sind, bedeutet dieser Abschluß für die Dachdecker eine ebensolche Kürzung.

Die Oberharzer Berg- und Hüttenwerke sind angewiesen worden, die bereits ausgesprochenen Kündigungen für die Gruben „Bergwerke-Wohlfahrt“ und Rammelsberg zurückzunehmen und die Entlassung nicht durchzuführen.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Janowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

## MAGDEBURG

### Auch im Sommer

sind **getrocknete Bananen** ein ideales Nahrungsmittel, wohl-schmeckend und nahrhaft.

Post-Päckchen 4 Pfund brutto nur 3,- M. frei Haus.

**Frischkost-Reformhaus** Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

### Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel  
Mäntel • Kostüme

III Tadellos, 100% Siles III  
**Schönheit**  
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. L.  
Stoffmuster vorrätig.

### BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

**A. H. TIMMERMANN**

Hamburg, Barcastraße 8.

Telefon: 23 53 42

## BERLIN

# KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.

30. Juni: **Rango** (Ein Tierfilm von Scheidebeck)  
Mit **Byrd zum Südpol!**

Ab 1. Juli: **Czinner: Ariane** mit Elisabeth Bergner, Rud. Forster, Theod. Loos.

Anfangszeitpunkt: 15. 17. 19 und 21 Uhr.

Freunde

und Leser des

„Funkens“

Unterstützt

Euro

Zeitung!

Wird Abonnenten!

Sammelt Anzeigen!

Bevorzugt bei Einlieferern

unsere Inserenten!

## Werbeprosperkte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

**A. Janiszewski**

Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 28, Fernruf: Sammler Nummer F 1 Moritzplatz 6471



# Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.

Von **Helene Boyer.**

52 Seiten. Gehet 0,40 M

Aus den Presse-Urteilen:

„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932.

„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 136, vom 13. Juni 1932.

„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Geldreform geben dem Leser fernerhin das Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschafts-politisch Interessierten.“ „Prager Presse“, Nr. 165, vom 17. Juni 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Postcheckkonto: Berlin 81 242.



# Reaktion in Politik, Polizei und Kirche.

## Die Reichsregierung verlautbart!

Die Regierung PAPAN gibt eine sogenannte amtliche Verlautbarung heraus, in der sie in gewundenen Worten den Nachweis versucht, daß den Ländern von ihrem Polizeirecht durch die neue Notverordnung eigentlich nichts genommen worden sei. Dieser Nachweis ist selbstverständlich schon deshalb unmöglich, weil bei seinem Gelingen gar nicht einzusehen gewesen wäre, wozu die neue Notverordnung eigentlich dienen soll. Ueberhört ist darüber hinaus, was die Reichsregierung an die Adresse aller Deutschen, mit Ausnahme der gelb-uniformierten, richtet:

„Die vielfach geäußerten Bedenken gegen die wiedergewährte Freiheit sind übertrieben. Es war vorauszusehen, daß in der Uebergangszeit hier und da Schwierigkeiten eintreten würden, bis die Öffentlichkeit sich an die veränderten Verhältnisse gewöhnt hat. Dieser Uebergang ist von kommunistischer Seite zu Ueberfällen und örtlichen Störungen der Ordnung planmäßig benutzt worden.

— — — An die politischen Parteien und die Presse aller Richtungen muß die ernste Mahnung ergehen, die Dinge ruhiger als bisher zu betrachten und zu besprechen. Es liegt nicht im Interesse Deutschlands, das Gespenst von Unruhe immer wieder aus parteitaktischen Erwägungen an die Wand zu malen. In diesem Augenblick entscheidender Verhandlungen sind Selbstdisziplin und Ruhe notwendiger denn je.“

Dazu nur einige kurze Bemerkungen: Es handelt sich in bezug auf die „wiedergewährte Freiheit“ der nationalsozialistischen Tolldhauswärter nicht um „vielfach geäußerte Bedenken“, sondern um Tatsachen: die wieder gewährte Freiheit für die SA-Rollkommandos hat eine Reihe von Verbrechen zur Folge gehabt. Vielleicht erinnert sich Herr VON GAYL daran, daß gerichtsnotorische Mörder wie Herr HEINES und Mordanstifter wie Herr SCHULZ führende Rollen in der von ihm so protegierten NSDAP bekleiden.

Daß die Regierung die vorgekommenen Ueberfälle und örtlichen Störungen der „kommunistischen Seite“ in die Schuhe schiebt, ist einfach eine Entstellung von Tatsachen, — es sei denn, Herr VON GAYL stellte alle Verfasser von Polizeiberichten, die das Gegenteil bezeugen, als Lügner dar. Mindestens der Ueberfall auf das „Vorwärts“-Gebäude ist nicht von kommunistischer Seite angezettelt worden, sondern von Mitgliedern des „nationalen Deutschlands“, dessen Chef der „böhmische Wenzel“ und Oberdemagoge ADOLF HITLER ist.

Die Schlusssätze der Regierungserklärung sollte sich der Herr Innenminister selber hinter die Ohren schreiben. Wenn Selbstdisziplin und Ruhe notwendiger sind denn je, was wir ihm nicht bestreiten, dann soll er uns einmal den Grund verraten, weshalb er gerade in diesem Augenblick mit Gewalt für HITLERS Mordgesellen Freiheit erstreiten muß — bei welcher Handlung ihm eine einzige Rundfrage beweisen würde, daß außer von den Gelben dieses Bemühen in ganz Deutschland nur von einigen Großgrundbesitzern und Schwerindustriellen verstanden wird.

## Um die Zeitungsverbote.

Wird Severing der Büttel sein?

Herr VON GAYL hat an SEVERING das Ansinnen gestellt, den „Vorwärts“ und die „Kölnische Volkszeitung“ (Zentrum) zu verbieten. Den „Vorwärts“ hauptsächlich wegen seines Flugblatts: „Volk, du mußt zahlen, damit SA paradiesieren kann“; die „Kölnische Volkszeitung“ wegen eines Artikels mit dem Titel: „Schwerer Mißgriff des Reichskanzlers. Ist Herr VON PAPAN noch als Delegationsführer möglich?“

Es ist ein langer Streit, worin in den beanstandeten Artikeln im einzelnen die „Beschimpfung“ oder „böswillige Verächtlichmachung“ von Regierungspersonen besteht. Wir wollen uns an diesem Streit nicht beteiligen. Denn eine

Auseinandersetzung bewegt sich von vornherein auf einem falschen Geleise; es handelt sich ja dabei nicht um die Frage, ob die fraglichen Behauptungen stimmen oder ob sie nicht stimmen, sondern darum, ob jemand verächtlich gemacht wurde. Die Frage, ob das Verächtlichmachen durch Aussprechen der Wahrheit geschah oder nicht, steht bei der Entscheidung über das Verbot nicht zur Diskussion.

Was SEVERING zu tun hat, ist ihm ziemlich eindeutig vorgeschrieben durch folgende Bestimmung der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen (§ 7, 5):

„Der Reichsminister des Innern kann die oberste Landesbehörde um das Verbot einer periodischen Druckschrift ersuchen. Glaubt die oberste Landesbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies unverzüglich, spätestens aber am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens, dem Reichsminister des Innern mit und ruft innerhalb derselben Frist die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts an. Erklärt dieser das Verbot für zulässig, so hat die oberste Landesbehörde dem Ersuchen sofort zu entsprechen.“

Wir halten es hiernach für selbstverständlich, daß SEVERING es dem Reichsgericht überläßt, die fraglichen Zeitungen zu verbieten oder zu gestatten. Er hat das Reichsgericht bereits angerufen.

## SA, Arbeiter und Polizei.

W. R. Braunschweig, 28. Juni.

Am Montag abend kam es auf der Jahn- und Weststraße zu Zusammenstößen zwischen Nazis und Arbeitern. Etwa 80 Nazis waren in diese Arbeiterstraßen einmarschiert und provozierten die Bewohner durch Singen nationalsozialistischer Hetzlieder oder Rufe wie „Heil HITLER“ oder „Reichsbanner und Rotmord zermalmen wir“. Die Arbeiter antworteten mit anderen Rufen.

Nach dem Bericht eines Augenzugegenen soll der Führer der SA den Befehl gegeben haben: „Karabinerhaken los! Wenn

## Schacht, der junge Mann für alles.

Rpt. In einer Massenversammlung in Hannover sprach am Mittwoch Abend Reichsbankpräsident a. D. SCHACHT über „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik“.

Es ist bekannt, daß SCHACHT vor der endgültigen Regierungsbildung zu PAPAN gebeten worden war. Damals kam es zu keiner Einigung über seine Mitarbeit in der Junkerregierung. In der Rede, aus der wir hier einige Sätze wiedergeben, empfiehlt er sich den sämtlichen Gruppen der heutigen Machthaber.

1. Den Nationalsozialisten: Unsere ganze Lage ist so bedrohlich, da wir keine Reserven mehr einzusetzen haben. Die einzige Reserve ist der nationale Lebenswille, der wieder erwacht ist und auch für die Wirtschaft wieder neue Lebensmöglichkeiten schaffen wird. Die nationalen Kräfte, die jetzt ans Werk gelangen müssen, geben für eine erfolgreiche Wirtschaftsführung erst die bis dahin nicht vorhandene Voraussetzung.

2. Den Industriekapitalisten: Die Festsetzung der Löhne hat zu erfolgen nach der individuellen Verschiedenheit der Betriebe und auch der unterschiedlichen Leistung des Arbeiters. Die Wiederherstellung der freien Lohnpolitik ist das einzig durchgreifende Mittel, um die derzeitige Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

3. Den Großagrariern: Deutschland darf unter keinen Umständen seine landwirtschaftliche Grundlage verlieren. Die

die sich mausig machen, dann drauf!“ Das war gewissermaßen der Befehl zum Anfang der nun beginnenden Schlägerei, in deren Verlauf die Nazis eine ganze Anzahl Schüsse abgaben, durch die drei Arbeiter schwer verletzt wurden. Ein vierter Arbeiter, der von seinem Garten nach Hause kam und der an der Angelegenheit bis dahin völlig unbeteiligt war, wurde von einer Rotte Nazis so zugerichtet, daß er bewußtlos ins Krankenhaus geschafft werden mußte. — Auf der Naziseite sollen acht Mann verletzt worden sein.

Als die Polizei erschien, forderte sie die Bewohner der Straßen auf, in die Häuser zu gehen. Die Nazis bestritten, geschossen zu haben. Die Tatsache aber, daß auf ihrer Seite niemand durch Schüsse verletzt ist, redet eine andere Sprache. Daß die Polizei eine Durchsuchung der Nazis auf Waffen vornahm, ist nicht bekannt. Sie wurden unter polizeilichem Schutz in das Stadttinnere begleitet, wobei sie immer noch unter Hohnen und Lachen ihre Provokationen fortsetzten. Die Polizei schritt nicht dagegen ein.

Die Nazi-Presse aber bringt Schlagzeilen wie: „Rotmord in ganz Deutschland!“ „Rotmord wütet!“

## Der evangelische Bund wählt Hitler.

Das sagt er zwar nicht direkt; aber aus der langen Erklärung, die das Präsidium des Bundes herausgibt, geht es hervor:

„Die bevorstehenden Reichstagswahlen stehen unter dem Zeichen der grundsätzlichen Erkenntnis und Wandlungen, die in den letzten Länderwahlen und dem Regierungswechsel im Reich ihren Ausdruck gefunden haben. . . . Dazu ist selbst die Mehrzahl der deutschen Katholiken zu der Auffassung gekommen, daß das Zentrum in seiner Verantwortung für Staat, Volk und die kulturellen Güter der Nation völlig versagt hat. . . . Wir begrüßen es, daß die Ueberzahl der bisherigen Parteien und Gruppen eine starke Einschränkung erfahren hat. . . . Deutsche, protestantische Wähler, erfüllt in diesem Geiste eure Pflicht!“

landwirtschaftliche Produktion ist für das Volk als Ganzes gesehen eine nationale Lebensnotwendigkeit, ohne Rücksicht auf die Kosten.

4. Den Generälen: Den Bestrebungen unserer Gegner, uns mit allen Mitteln niederzureißen, kann nur auf zwei Wegen begegnet werden, einmal auf dem Wege einer starken Wehrhaftigkeit und eines entschlossenen Wehrwillens. . . .

5. Den Wirkköpfen aller Art: . . . und zum zweiten, indem immer deutlicher gemacht wird, daß der eigene wirtschaftliche Vorteil mit dem des Nachbarn Hand in Hand geht. Wir müssen der Welt zeigen, daß wir noch über eine große Macht, die *Konsumkraft* eines auf höchste kulturelle Bedürfnisse errichteten 70 Millionenvolkes verfügten, deren Mißachtung auf das Ausland zurückfallen würde.

## Bayern loyal, aber entschlossen!

Zu der neuen Notverordnung der Reichsregierung schreibt die „Bayerische Staatszeitung“, die tagelangen Vorstellungen der Länder hätten zu nichts geführt. Auch der von dem bayerischen Ministerpräsidenten an Herrn VON HINDENBURG geschriebene Brief habe außer einem höflichen Antwortschreiben keine Wirkungen mehr gehabt, und ebenso erfolglos sei ein letztes Telegramm der bayerischen Staatsregierung an den Reichsinnenminister gewesen, in dem dieser ersucht worden war, noch in letzter Minute das Reichskabinett zu gewissen Modifikationen der Notverordnungsbestimmungen zu veranlassen, die von Bayern als unbedingt notwendig bezeichnet worden waren. Es sei alles vergebens gewesen. Die sämtlichen Maßnahmen der Reichsregierung seien in ihren Auswirkungen eine bedeutende Lockerung der bisherigen Länderbestimmungen. Die neue Notverordnung sei und bleibe ein schwerer Eingriff in die Polizeihohheit der Länder, die guten Willens seien. Die einzelnen Bestimmungen der Notverordnung seien so geartet, daß der vollzogene Einbruch in das Recht der Länder diesen zunächst schwerste Fesseln anlege. Die einzige Vorschrift der neuen Notverordnung, deren Aufnahme auf die eindringlichen Warnungen der Länder zurückzuführen sein dürfte, sei die Einführung der Anzeigepflicht für politische Versammlungen sowie für alle Versammlungen unter freiem Himmel. Aber das sei ein schwacher Trost angesichts der Tatsache, daß in diesen Tagen gegen die Staatsautorität der Länder Stöße geführt worden seien, die sich noch bitter rächen müßten.

Das Blatt schließt: Wir gehen schweren Zeiten entgegen, Zeiten, die vielleicht mit Blut ihr Andenken in die neuere deutsche Geschichte einschreiben werden. Um im Rahmen des Möglichen wenigstens vom bayerischen Staatsgebiet die Krawallpolitik der Straße einigermaßen fernzuhalten, erwächst nun für die bayerischen verantwortlichen Stellen die selbstverständliche Pflicht, die Bestimmungen dieser Notverordnung, solange sie nicht zu beseitigen sind, so auszu-schöpfen, daß die Staatsautorität nicht noch mehr Schaden leidet als den, der ihr von oben her schon zugefügt worden ist. Das zu tun ist keine Bekundung einer Obstruktion des passiven Widerstandes oder sonst einer Oppositionsstellung gegen das Reich. Das ist eine einzige, aus dem kommenden Zustand ganz von selbst erwachsende Separation der Ordnungsliebenden, für die auch das Reichskabinett von PAPAN Bayern noch Dank wissen wird.

Erfreulicher Weise hat das bayerische Kultusministerium „nicht dazu bewegt werden können“, vor einigen Tagen die „Stahlhelm“-Rundfunkrede SELDTES für die Uebertragung auf die bayerischen Sender freizugeben. Der „Stahlhelm“ schickt jetzt an den bayerischen Ministerpräsidenten Protestbriefe.

Das jugoslawische Kabinett ist, wie schon seit langem erwartet wurde, zurückgetreten.

## Achtung! Bauarbeiter!

Hiermit verhängen wir über die Firma WALLNIC, Töpfermeister, wegen Nichtanerkennung der tariflichen Bestimmungen die Sporre. Die Firma WALLNIC führt auf der Baustelle HOLZMANN, Hohenschönhausen, Töpferarbeiten aus. Deutscher Bauwerksbund, Bauwerkschaft Berlin, Fachgruppe der Töpfer.

## Gesetzgebungsmaschine in Tätigkeit.

Reichshaushaltsplan vom Reichsrat angenommen.

t Berlin, 29. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrates gab Ministerialdirektor Dr. BRECHT als Generalberichterstatter einen Ueberblick über den Reichshaushaltsplan für 1932.

Am Anfang standen die folgenden unerfreulichen Ziffern: Fehlbetrag aller Vorjahre insgesamt 1690 Millionen Mark, Anleiheschuld des Reiches: 10,4 Milliarden Mark; dazu kommen 1,7 Milliarden Mark schwebende Schulden, abgesehen von Schulden des Reichs an die Länder.

Dr. BRECHT fühlte sich dann bemüht, in seinem Bericht namens des Reichsrats eine Antwort an HERRIOT einzuflechten, die in der Behauptung gipfelte: Deutschland habe seinen äußeren Gläubigern sechs bis acht Mal so viel gezahlt wie seinen inneren Gläubigern. (Auf welchen Unterlagen mag wohl diese Statistik aufgebaut sein?)

Aus den einzelnen Angaben BRECHTS läßt sich nicht sehr viel Neues entnehmen. Für mancher Steuerposten bezweifelt er, daß die geschätzten Beträge eingehend werden. (Wir auch!) Er bezeichnet es als das Bedenklichste dabei, daß früher oder neue Abgaben auch für den schlimmsten Fall kaum mehr in Reserve stünden. (Das haben die deutschen Steuerzahler von ihrer Regierung bereits so oft versichert bekommen, daß BRECHT Worte wohl nicht von sehr vielen geglaubt werden.)

Der Reichsratsausschuß hat nach dem Bericht von BRECHT die folgenden Ausgabenposten erhöht:

Ostiedlung . . . . .	12 Millionen Mark
Lastenerleichterung im Osten . . . . .	1 Million Mark
Frachterleichterung im Osten . . . . .	1 Million Mark
Westhilfe . . . . .	2 Millionen Mark

Zur Stützung des Metallergbergbaus sind acht statt sechs Millionen Mark eingestellt, ferner 100 000 Mark zur Förderung von Flughäfen und 200 000 Mark als Beitrag des Reiches zu einem Fonds für den Ersatz des abgebrannten Glaspalastes in München. (Das ist das Notwendigste, was das angeblich so arme deutsche Volk haben muß; weitere Flughäfen und einen neuen Glaspalast in München.) „Zur körperlichen und geistigen Ertüchtigung der Jugend“ hat der Reichsratsausschuß 1,5 Millionen Mark genehmigt. (Zur körperlichen und

geistigen Ertüchtigung der SA? Eine geistige Ertüchtigung hätte sie freilich nötig!)

Der Reichsratsausschuß hat abgesetzt einen Teilbetrag von 153 000 Mark für Beteiligungen am Völkerbund, weil der dortige Apparat zu teuer sei.

BRECHT berichtete ferner: Angesichts der entscheidenden Rolle, die im Gesamtbild der öffentlichen Finanzen die Unterstützung der Arbeitslosen spiele, habe Preußen einen Antrag als Material überreicht, in dem die Reichsregierung ersucht werde:

„1. umgehend die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit durch Kürzung der Arbeitszeit unter Rückführung der Arbeitslosen auf die dadurch freiwerdenden Arbeitsplätze herbeizuführen; 2. die dadurch freiwerdenden Mittel zur zusätzlichen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auf dem Gebiete der Siedlung, zur Rückgängigmachung besonders harter Kürzungen und zur Senkung von überhöhten Abgaben zu verwenden, soweit der Ausgleich des Haushalts dies zuläßt.“

Preußen hat sich, da es im Ausschuß zu einer abschließenden Aussprache an Zeit mangelte (!), begnügt, den Antrag als Material zu überreichen. (Er wird also zusammen mit dem vielen anderen Material über Arbeitszeitverkürzung, das zum Beispiel aus den Zeiten der BRAUNS-Kommission aufgestapelt ist, in Aktendeckeln begraben werden.)

Staatssekretär ZARDEN vom Reichsfinanzministerium versicherte, nach Rückkehr der deutschen Abordnung aus Lausanne werde die Reichsregierung sich den organisatorischen Aufgaben und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuwenden.

GAYL gab eine Erklärung ab: Die in Anbetracht der Finanzlage notwendig gewordenen Herabsetzung der im Osthilfegesetz vorgesehenen Mindestbeträge für verschiedene Osthilfemaßnahmen sollten durch Nachbewilligung wieder ausgeglichen werden, sobald die Finanzlage des Reiches es gestatte.

Darauf wurde der Reichshaushaltsplan ohne weitere Aussprache oder Abstimmung als vom Reichsrat angenommen festgestellt. Bis hierher hat die Gesetzgebungsmaschine also wie geölt funktioniert! Nun hat HINDENBURG auch die dazugehörige Notverordnung unterzeichnet. So kann die Mißwirtschaft nach dem 1. Juli planmäßig weitergehen.

# Die Krise in England.

## Ein Schlaglicht auf die internationale Lage.

Die Arbeitslosigkeit ist in England während des April und des Mai gestiegen.

Der Außenhandel ist unbefriedigend; die Einfuhr ist zwar zurückgegangen, die Ausfuhr aber auch sehr beträchtlich, insbesondere der Export von Kohle, Stahl und Erzeugnissen der Elektrizitäts-Industrie.

Ein ganzer Chor von Stimmen verlangt Inflation.

Diese drei Tatsachen beleuchten schlaglichtartig die Lage in England, ja die ganze internationale Lage.

### Die internationale Rückwirkung der Pfundentwertung.

Als England, zunächst — nach jahrelang falscher Wirtschaftspolitik — notgedrungen, im vorigen Herbst die Goldwährung preisgab, tröstete man sich in England mit der Hoffnung, daß diese Maßnahme wenigstens die englische Ausfuhr fördern werde. Doch war von vorn herein damit zu rechnen, daß die Geldentwertung nur eine kurzlebige Wirkung in dieser Richtung haben werde. So ist es stets gewesen, und zwar wegen grundsätzlich der gleichen Ursachen. Nur ihre Erscheinungsformen ändern sich von Fall zu Fall.

Genau so, wie beim Wettrennen der Rüstungen ein Staat den Vorsprung des anderen einzuholen sucht und wie im Wirtschaftsleben ein Staat durch Zölle die Zollvorteile des anderen wettzumachen sucht, genau so ist es mit der Geldentwertung.

England hat die Geldentwertung mit Zöllen verbunden. Es ging somit umfassender vor als Frankreich. Wie wir neulich (in Nr. 141) zeigten, hat Frankreich die Rückwirkungen der Krise durch Zollerhöhungen abzuwehren gesucht. Damit konnte es aber nur die Ueberschwemmung durch ausländische Einfuhr abhalten. Es konnte seine Ausfuhr nicht gegen die Preisunterbietungen der anderen Länder aufrechterhalten. England hat beides gemacht; durch Zölle hat es seine Einfuhr beschnitten; durch Geldentwertung hat es seine Preise an das Ausland mit einem Schlage, allgemein ermäßigt, ohne daß es im einzelnen neue Preise für die verschiedenen Waren festzusetzen und zu annonciieren brauchte. Die Herabsetzung des Geldwertes war in diesem Falle die billigste und wirksamste Reklame gegenüber allen Einkäufern auf der ganzen Erde.

Aber andere Verkäufer und deren Regierungen haben das auch verstanden. Einige Länder folgten sofort dem Beispiel Englands und gaben die Goldwährung preis; so die skandinavischen Staaten. Japan mußte sich dieser Reihe anschließen, weil der Krieg im Fernen Osten seine Wirtschaft vollends unterminierte. — Andere Länder, wie Deutschland, haben ihre Preise fürs Ausland herabgesetzt, um der englischen Konkurrenz nachkommen zu können. — Endlich haben viele Länder zu einem noch drastischeren Mittel greifen müssen: sie haben eine Devisen-Kontrolle eingeführt, gemäß der Devisen nur für wichtige Einfuhr-Waren abgegeben werden, in solchem Ausmaß, wie es den Regierungen gut scheint.

Infolge dieser Umstände hat England bald den Vorsprung verloren, den es zunächst im Konkurrenzkampf am internationalen Markt durch die Pfund-Entwertung erlangte. Ja, die Erschütterung des Vertrauens und die Verwirrung, die die Pfund-Entwertung anrichtete, haben der internationalen Schrumpfung der Geschäftstätigkeit insgesamt sicherlich einen neuen Anstoß gegeben.

### Die Wirkung der Pfundentwertung auf die englische Wirtschaft.

So ist es kein Wunder, daß der englische Außenhandel unbefriedigend ist. Zwar ist der Einfuhr-Ueberschuß im April gesunken. Aber diese äußere Erscheinung besagt nicht viel. Erstens war die Einfuhr in den vorhergehenden Monaten deshalb verhältnismäßig groß, weil man Waren schnell nach England bringen wollte, ehe die Zölle in Kraft traten. Zweitens ist die Einfuhr infolge der Zölle im April und Mai gegenüber den vorhergehenden Monaten in der Tat gesunken; aber davon steigt die Ausfuhr noch nicht. Drittens war die Ausfuhr von Schiffen im April verhältnismäßig groß; diese Ausfuhr ist aber keine regelmäßige Erscheinung. Wichtiger ist, daß, wie eingangs erwähnt, die Ausfuhr von Erzeugnissen der Schwerindustrie und der elektrischen Industrie gesunken ist. — Im Mai ist sogar der Einfuhrüberschuß wieder gestiegen.

So ist es weiterhin kein Wunder, daß die Arbeitslosigkeit gestiegen ist; sogar im Frühjahr, um welche Jahreszeit sich sonst eine saisonmäßige Belebung bemerkbar macht. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im April um 85 000, im Mai um 89 000 Personen auf 2 741 000 Personen.

So ist es schließlich kein Wunder, daß man eine neue Inflations-Einspritzung wünscht. Bemerkenswert ist die Zahl der Stimmen, die sich dafür einsetzen und die Namen: konservative Journalisten, Geschäftsleute, Bankiers, sogar Sir ROBERT HORNE und WINSTON CHURCHILL, beide ehemalige Schatzkanzler. Hierüber hat unser Londoner Korrespondent eine lebendige Schilderung gegeben; und wegen der Wichtigkeit der Sache möchten wir ausdrücklich auf diesen Artikel in Nr. 121 des „Funken“ verweisen. Hervorheben möchten wir den Umstand, daß auf Seiten der Gläubiger (deren Forderungen durch eine neue Inflationswelle entwertet werden würden) kein Widerstand bemerkbar wird. Der „Manchester Guardian“ sieht hierin ein Zeichen dafür, daß die Gläubiger einen Nachlaß zu Gunsten der Schuldner (auf dem Weg der Geldentwertung) für das kleinere Uebel halten, da sie andernfalls in Gefahr sind, noch mehr zu verlieren. In der Tat haben wir es heute mit einem noch nie dagewesenen Preissturz zu tun; und es ist daher nicht damit zu rechnen, daß die Krise ohne eine beträchtliche Schuldenermäßigung, wenn nicht gar Schuldenstreichung, überwunden werden kann. (Vergleiche Nr. 143 des „Funken“.)

### Steuerlosigkeit der Arbeiterschaft.

Und die Politik der Arbeiterschaft?

Sie ist in England derjenigen der deutschen Arbeiterschaft sehr ähnlich. WOTINSKY vom ADGB empfiehlt Kreditausweitung zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung. Ebenso

haben die englischen Arbeiterführer die Entwertung des Pfundes begrüßt und die These, daß eine solche Entwertung förderlich sei, auch inzwischen im „Daily Herald“ weiter vertreten. Aber jetzt kommt ihnen die Sache doch nicht mehr so geheuer vor, seitdem eine ganze Reihe von Kapitalisten für diesen Kurs, und zwar sehr energisch, eintreten.

Natürlich würde ein Weiterstreben der Inflation einer Lohnherabsetzung gleichkommen. Bisher ist diese Wirkung deshalb ausgeblieben, weil die Preise in England nicht gestiegen sind. Der Niedergang der Weltmarkt-Preise und die große Konkurrenz hat dies verhindert. Die englischen Unternehmer spekulierten auch vor allem auf die Zunahme der Ausfuhr. Jetzt aber möchte man die verpuffte Wirkung der ersten Inflationswelle durch eine neue Dosis auffrischen und zwar so, daß im Inland die Preise steigen. Der „Daily Herald“ warnt daher, wie unser Londoner Korrespondent be-

richtet, vor Uebertreibung dieser Politik. Aber er macht keinen Gegenvorschlag zur Behebung der Krise.

Kurzum: die englische Arbeiterschaft treibt im Grunde genommen genau so steuerlos dahin wie die deutsche.

Erforderlich wäre in Deutschland eine umfassende Wirtschaftspolitik, die nicht nur ein bloßes Symptom der Krise, die Arbeitslosigkeit, etwas zurückdrängt, sondern die auch auf die Dauer die Kaufkraft für Konsumgüter stärken würde, damit die Produktions-Kapazität ausgenutzt werden kann und wir aus der Absatzstockung herauskommen. Unter anderem ist dazu Abbau der Kartellpreise und der Getreidezölle notwendig.

An eine solche gründliche — und daher notwendiger Weise einschneidende — Wirtschaftspolitik wollen die Arbeiter noch nicht heran. In Deutschland so wenig wie in England. Was müßte zum Beispiel in England geschehen?

## Welche Wirtschaftspolitik sollte England treiben?

Um diese Frage zu beantworten, werfen wir zweckmäßiger Weise nochmals einen Blick auf die Ursachen der Krise. Ein wesentlicher Faktor in der Lage, der die gegenwärtige Krise von früheren Krisen unterscheidet, ist die Industrialisierung vieler Länder. Vor dem Krieg gab es in Krisenzeiten im großen und ganzen drei Puffer, die den Stoß der Absatzstockung abschwächten: Die Landwirtschaft war stabil (eine Ausnahme ist die Periode 1873—90). Die Beamtgehälter, Mieten und Zinsen blieben stabil (während sie heute von Gesetzes wegen herabgesetzt werden; auch außerhalb Deutschlands, zum Beispiel durch die einfache Einstellung von Zinszahlungen). Die Produktionsgüter-Industrien hatten einen überseeischen Absatz, der weniger beschnitten war als heute. Heute ist das alles anders; und die Industrialisierung der überseeischen Länder trifft vor allem England.

Mehr als je zuvor sind Industrie und Landwirtschaft auf den Absatz im eigenen Land angewiesen. Erforderlich ist also die Stärkung des Binnenmarkts. Dies aber kann man nur durch Stärkung des Massenkonsums erreichen, zu Lasten der Produktionsgüter-Industrien und der reicheren Bevölkerungsgruppen. Also, wie schon oft gesagt: Kaufkraft-Verschiebung. (Eine solche Stärkung des Binnenmarkts ist etwas ganz anderes als Abschneidung des Binnenmarkts durch Zölle, um der Autarkie, der nationalen Selbstversorgung willen.)

Wie in Deutschland, so wäre auch in England der Abbau des Großgrundbesitzes und die Ansiedlung von Landarbeitern erforderlich. Für die Ansiedlung in England kommen auch zahlreiche Industriearbeiter in Frage, die über landwirtschaftliche Kenntnisse verfügen und — wie uns ein Londoner Mitarbeiter aus Erfahrung berichtet — zur Bearbeitung des Landes bereit wären, wenn sie es nur bekommen könnten.

Andererseits spielen industrielle Kartellpreise in England nicht dieselbe Rolle wie in Deutschland. Dagegen gibt es einen anderen Faktor, der in Deutschland fehlt: die Last der Kriegsanleihen für das englische Budget und den eng-

lischen Steuerzahler sowie die Höhe der englischen Auslandsanleihen mit ihrer Belastung der Abnehmer englischer Waren (in Südamerika u. s. w.).

Eine Herabsetzung dieser Lasten auf Kosten englischer Kapitalisten wäre durchaus gerecht und ist jedenfalls zur Behebung der Krise erforderlich. Sowohl von den Kriegsaufträgen wie von der Ausbeutung überseeischer Länder haben die englischen Kapitalisten genügend Vorteile gehabt. Es ist Zeit, ihnen die Gegenrechnung zu präsentieren: die Unterminierung der Kaufkraft ihrer (inländischen und ausländischen, vor allem überseeischen) Schuldner (die gleichzeitig die Abnehmer englischer Waren sind) und die dadurch herbeigeführte Absatzstockung und Arbeitslosigkeit (von der Ausbeutung vor der Krise gar nicht erst zu reden).

### Illusionen überall.

Aber an eine solche — nicht nur das Symptom, sondern auch die Ursache der Arbeitslosigkeit verändernde — gründliche Wirtschaftspolitik wollen, wie gesagt, die englischen Arbeiterführer noch nicht heran; so wenig wie die deutschen Arbeiterführer; so wenig wie die Kapitalisten. Sie alle glauben, noch „irgendwie“ mit anderen, weniger drastischen Maßnahmen das vom Untergang bedrohte Schiff der Wirtschaft durchlotsen zu können.

Am sympathischsten sind ihnen Maßnahmen, wie Inflationen, bei denen die Wirkungen nicht ohne weiteres sichtbar sind und daher nicht durchdacht werden.

Aber, wenn man die „Rationalisierung“ so weit treibt, sich eben dieses Denken zu „ersparen“, dann erspart man sich auch die Lehre der Wissenschaft und aller Erfahrungen. Die gegenwärtigen Führer der Arbeiterschaft machen es vorläufig noch nicht besser als die Kapitalisten. Daß man durch Arbeitsbeschaffung allein nur eine vorübergehende Besserung erzielen kann, auch das läßt sich durch Denken feststellen. Aber auch diese peinliche Feststellung meint man sich vorläufig noch ersparen zu können.

## Unentwegtheit der Kapitalisten — eine Lehre für die Arbeiter.

Die politischen Maßnahmen der verschiedenen Regierungen gegen die bloßen Symptome in der Lage weisen große Ähnlichkeiten auf.

Wie in Deutschland so sucht man auch in Amerika durch Eisenbahn-Aufträge, durch Zölle und Subventionen die Schwerindustrie und die Banken zu stützen. Wie in Deutschland so schützt man auch in Frankreich die Landwirtschaft durch Zölle; der Schwerindustrie dienen in Frankreich die Rüstungsaufträge, in Deutschland Eisenbahn-Aufträge. In England wendet man zum entsprechenden Zweck nur ein anderes Mittel an: die Geldentwertung. Sie hat zwar bisher nicht viel ausgerichtet; aber eben deshalb sucht man, die Inflation wirksamer zu machen; durch diese allgemeine Maßnahme (mit ihrer Entwertung der Löhne, Gehälter und Schulden) würde man sich besondere Stützungsmaßnahmen im einzelnen (wie in Deutschland einmal speziell zu Gunsten der Banken, dann zu Gunsten der Großgrundbesitzer u. s. w.) ersparen.

In allen Ländern gehen diese Maßnahmen ihrer Regierungen zu Lasten der Arbeiter.

In Deutschland sind auch die kleinen Bauern (im Unterschied von den Großgrundbesitzern) schwer getroffen und ebenfalls in den USA die Farmer.

Die Kapitalisten sind nicht zimperlich in dem Ergreifen solch drastischer Maßnahmen, wie sehr auch die Kaufkraft der Massen bereits unterminiert ist.

Wie lange wird die Arbeiterschaft sich noch der Illusion hingeben, daß solch halben Maßnahmen wie eine Kreditausweitung zu Gunsten von Arbeitsbeschaffung (nach dem Plan WOTINSKY) oder gar solch abwegige Maßnahmen wie die bisher von der englischen Arbeiter-Partei befürwortete Pfund-Entwertung die Wendung der Dinge herbeiführen würden?

Wann wird die Arbeiterschaft sich dazu aufrufen, ihrerseits drastische Maßnahmen zu ergreifen?

Herbert Reinemann.

## Wege zur Inflation.

Die Reichsregierung bemüht sich, wie man hört, eine Reihe von Banken zusammenzubringen, die Notstandsarbeiten für den Straßenbau „auf dem Wege über reichsbankdiskontfähige Wechsel“ finanzieren. Die Reichsregierung denkt angeblich an einen Betrag von 60 Millionen Mark.

Was bedeutet das? Es handelt sich wohl nicht um Arbeiten, die über den normalerweise üblichen Rahmen hinaus vorgenommen werden sollen. Davon ist wenigstens nicht die Rede. Wer soll die „reichsbankdiskontfähigen Wechsel“ bei der Reichsbank einreichen? Doch wohl jene Banken? Das heißt, es handelt sich eigentlich eben nicht um reichsbankdiskontfähige Wechsel, sondern um Schulden, die von den öffentlichen Körperschaften für den Straßenbau gemacht werden sollen. Die Wechsel sollen eben gerade dadurch, daß jene Banken sie mit zeichnen, reichsbankdiskontfähig werden. Aus den bisherigen Mitteilungen muß man das jedenfalls entnehmen. Also

Wegebau als Weg zur Inflation?

Die ungarische Regierung hat es etwas anders gemacht. Sie hat die Bauunternehmungen zum Teil mit Straßenbau-Bons mit mehrjähriger Laufzeit bezahlt. Insgesamt sind für 30 Millionen Pengö (rund 15 Millionen Mark) Straßenbau-Bons im Umlauf. Die Bauunternehmungen haben diese Bons weitergegeben, vor der Devisensperre zum Teil ins Ausland. Zur Zeit strömen Bons nach Ungarn zurück. Ihr Kurs steht auf etwa 50 Prozent. Straßenbauunternehmungen, die solche Bons noch besitzen und sie nur zu 50 Prozent verwerten können, kommen natürlich in Schwierigkeiten.

Auch von diesem Verfahren ist der Weg zur offenen Inflation nicht weit. Es fehlt nur noch, daß die Straßenbau-Bons

zu 50 Prozent von staatlichen Kassen in Zahlung genommen werden und infolgedessen auch wie Geld umlaufen, — dann ist die Inflation (wörtlich Aufblähung des Zahlungsmittelumschlages) da. Jeweils zwei Straßenbau-Pengös hätten dann eben in Ungarn den Wert eines Notenbank-Pengös. H. H.

### FRANKREICH

Notendeckung 100 Prozent: Der Goldbestand der Notenbank beträgt 81,6 Milliarden Francs, der Notenumlauf 81 Milliarden Francs. — Die Golddeckung der französischen Banknoten überschreitet damit zum erstenmal 100 Prozent. — Die Golddeckung der Schweizerischen Nationalbank beträgt 171,5 Prozent; die Golddeckung der Niederländischen Bank beträgt 96 Prozent.

### DÄNEMARK

Immer wieder Butterzollfragen: Während der ersten fünf Monate ist die Einfuhr von Kohle aus England gegenüber dem Vorjahr um 94 000 Tonnen, die Einfuhr von Koks um 14 000 Tonnen gestiegen. Dagegen hat die Einfuhr von Brennstoffen aus Deutschland um 59 000 Tonnen abgenommen, aus Polen um 40 000 Tonnen, aus Holland um 11 000 Tonnen.

### DEUTSCHLAND

Ausländische Wanderarbeiter: 1931 waren in Preußen insgesamt nur rund 138 000 ausländische Arbeiter beschäftigt. Im Vorjahre waren es noch 186 000, in den Jahren vor dem Kriege waren in Preußen (altes Gebiet) 875 000 ausländische Arbeiter beschäftigt. — Die Zahlen sind, da ausgiebiger Menschen-smuggel getrieben wird, nicht korrekt. Sicher ist jedoch, daß ein Teil der deutschen Arbeitslosigkeit durch Fernhaltung von Wanderarbeitern insbesondere auf Polen und die Tschechoslowakei abgeschoben wird.